

Viel hat sich geändert, doch nichts wurde bewegt

Der Staat fährt die Berufsausbildung krachend an die Wand, schade!

(Berlin) Der Zar ist weit. Aber auch Berlin verliert zusehends den Draht zur betrieblichen Lehre und den Menschen im Land. Deutschland hat einen sensationellen Bedarf an Fachkräften. Aber die berufliche Bildung, der Acker, auf dem gute Fachkräfte wachsen, verliert gehörig an Boden.

Noch vor zehn Jahren galt der Mangel an Lehrstellen als großes gesellschaftliches Problem. Eine verunsicherte Generation befürchtete keinen Ausbildungsplatz zu kriegen und in jungen Jahren kein selbstbestimmtes Erwerbsleben mehr führen zu können.

Seitdem hat sich die Lage völlig gedreht. Zwischen 2010 und 2020 entstanden rund drei Millionen neue Jobs, überwiegend sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Betriebe suchen händeringend Auszubildende. Ob am Bau, in der Logistik, im Handwerk, in Transport und Güterverkehr. Überall bleiben angebotene Ausbildungsstellen unbesetzt und ungenutzt. Nicht mehr die Lehrstellen, sondern motivierte Bewerber sind chronisch knapp.

Aber was tut der Staat, was die Behörden, was die vielen Beamten, was die Politik?

Statt den Ausbildungsmarkt mit motivierten Schulabgängern zu versorgen, geht es nur noch um Abitur und Studium. Der Bildungsmarkt wird – wie vor 20 Jahren – mit Geld zugeschüttet: Abschaffung der Studiengebühren, saftige BAföG-Erhöhungen, beitragsfreie Rentenansprüche für Abiturienten, Kindergeld bis ins hohe Erwachsenenalter

Alles Maßnahmen auf Kosten der Steuerzahler. Alles Schritte, damit möglichst viele junge Leute möglichst lange im Schul- und Hochschulsystem verharren.

Mit diesen überkommenen Rezepten wird die Lage am Fachkräftemarkt immer schlimmer.

Was vor Jahren vielleicht richtig war, ist heute grottenfalsch. Aber der Staatsapparat, der riesige Ministerial- und Behördendampfer, kriegt die Kurve nicht.

Die Berufsschulen könnten brummen, die Sozialkassen hätten viele junge Beitragszahler und das Handwerk Bewerber satt, wenn der Staat sich bloß heraushielte und dem Markt seine Chance gäbe. Aber die Aussichten dafür stehen denkbar schlecht. Wer die Reden des politischen Establishments verfolgt, hört nichts von Zurückhaltung, von Marktfreiheit von Sparen und Entbürokratisierung. Im Gegenteil: Jedes Statement, jede Debatte besteht aus der Aneinanderreihung von Milliardenbeträgen. Ein „Wums“ jagt den nächsten. Und die Opposition? Statt zu viel Staat im Staat, Schulden und Misswirtschaft zu bekämpfen, beklagt sie – wie vor 20 Jahren – tapfer das angeblich zu geringe Engagement der Herrschenden.

Ein Teufelskreis! Anstatt die Staatsausgaben für die Überakademisierung zu reduzieren, beginnt jetzt ein finanzielles Wettrüsten zwischen den Bildungsbereichen. Immer neue Milliarden werden zu Lasten der schwarzen Null versammelt. Nicht nur unnützlich, sondern schädlich. Nahezu allen Ausbildungsbetrieben fehlen Bewerber.

Der Bildungslobby geht es allein darum, das Bildungsniveau in der Breite der Gesellschaft zu pushen, ohne Rücksicht auf den Fachkräftebedarf der Betriebe. Die Wirtschaft schweigt zu alledem und versucht die Not durch noch mehr Einwanderung aus aller Welt zu lindern.

Jetzt wäre es eigentlich an der Zeit, die etablierten Vergünstigungen für Abiturienten und Studierende zu hinterfragen. Viele junge Leute wären in der dualen Berufsausbildung sehr viel besser aufgehoben.

Menschen, die mit 15 in die Lehre gehen und mit 18 Jahren einen Berufsabschluss in der Tasche haben, sind keine Bildungsverlierer. Das müssen endlich auch Ministerialbeamte und Politiker begreifen. Besserwisser haben wir genug. Gebraucht werden mehr Leute, die anpacken können: Facharbeiter, Kaufleute, Handwerker, Techniker und Meister.

Auch in der Fortbildung wird staatsbürokratisch mitgemischt: Berufsbegleitendes Lernen ist heute selbstverständlich. Trotzdem haben Wirtschaft und Beschäftigte keine Ruhe vor politischem Aktionismus. Auch in der beruflichen Fortbildung macht sich die Planwirtschaft breit. Hier dient vor allem die Digitalisierung als Legitimation für ständig neue Vorschriften und Kosten.

Statt als individuelle Entscheidung von Mensch und Betrieb wird Weiterbildung Teil des Sozialgesetzbuches. Der Staat fühlt sich zunehmend als Weiterbildungsstrategie, der immer neue Handlungsziele und Kalküle entwickelt. Am Ende sollen die Arbeitsämter zu mächtigen Weiterbildungsagenturen mutieren, mit entsprechend vielen Beamten und planwirtschaftlichen Rastern. Natürlich dürfen da immer neue amtliche Weiterbildungsstatistiken und Datenbanken nicht fehlen.

Fortbildung als Ergebnis eines funktionierenden Wettbewerbs, wäre tausendmal besser. Das schafft passgenaue Maßnahmen nach hochaktuellen betrieblichen Bedarfen. Staatliche Eingriffe und Sollerfüllungspläne dagegen sind kontraproduktiv, teuer und wenig nachhaltig.

Gerade Deutschland hat die Unterschiedlichkeit der Systeme erlebt. Wir wissen, was besser ist, leben es aber nicht.